

Solarindustrie droht außerplanmäßige Förderkürzung

Sebastian Matthes (Düsseldorf), Christian Ramthun (Berlin) 15.01.2011

Vor wenigen Tagen erst sanken die Subventionen für Solarstrom um 13 Prozent auf rund 29 Cent pro Kilowattstunde, da droht der Branche erneut der Rotstift.

Laut Insidern arbeitet das Bundesumweltministerium an einer außerplanmäßigen Kürzung der Einspeisevergütung für Solarstrom. Schon in dieser Woche will Ressortchef Norbert Röttgen mit Branchenvertretern über die Höhe der Kürzung verhandeln. Dabei steht der CDU-Politiker unter enormem Erfolgsdruck.

Einerseits will er im Superwahljahr 2011 nicht schon wieder Ärger mit der Solarwirtschaft provozieren. Zugleich aber wächst in der schwarz-gelben Koalition der Unmut: „Wir müssen da noch einmal ran“, sagt CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs, „sonst fliegt uns das ganze System des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes um die Ohren.“

Hintergrund der Sorge: Im vergangenen Jahr erlebte die Solarbranche einen märchenhaften Boom. Allein in Deutschland wurden laut aktueller Schätzungen Fotovoltaikanlagen mit einer Leistung von rund acht Gigawatt installiert – gut doppelt so viel wie 2009. Je mehr Anlagen gebaut werden, desto mehr Subventionen fließen, weil sie pro Kilowattstunde gezahlt werden. Da diese Subventionen auf den Strompreis umgelegt werden, trägt der Sonnenstrom-Boom erheblich zum Anstieg der Strompreise bei.

Würden 2011 so viele Fotovoltaikanlagen gebaut wie im vergangenen Jahr, könnte auf die Stromverbraucher eine zusätzliche Belastung von zwei Cent pro Kilowattstunde zukommen, warnt CDU-Wirtschaftspolitiker Fuchs. Dann könnte die Solarbranche in Deutschland ihr gutes Image verlieren. Selbst Grünen-Politiker wie Energieexperte Hans-Josef Fell fordern daher die Bundesregierung auf, die Solarförderung schnell und moderat zurückzufahren